

Blickpunkte

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **68 (1988)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Finanzpolitik der harten Köpfe?

In der eidgenössischen Finanzpolitik ist eine kritische Situation entstanden — nicht aus sachlichen, auch nicht eigentlich aus politischen, sondern aus menschlichen Gründen. Man weiss es: 1994 läuft die geltende Finanzordnung aus. Die gegenwärtigen Hauptsteuern des Bundes waren während des Krieges gewissermassen als Zollersatz sowie als «Notopfer» eingeführt worden. Beide, die Warenumsatzsteuer wie die Wehrsteuer, waren als Provisorium gedacht und zeitlich befristet. Inzwischen sind die vermeintlichen Provisorien zu unentbehrlichen Hauptsäulen des Finanzhaushaltes geworden. Doch der in Geldfragen besonders sensible Souverän hat das Recht auf periodische Mitsprache und auf das letzte Wort bei den Steuersätzen trotzdem nicht aus der Hand gegeben.

So wird spätestens 1993 oder 1994 über eine «neue Finanzordnung» auf Anfang 1995 abzustimmen sein. Notfalls kann die bisherige einfach verlängert werden. Doch sind vor allem bei der indirekten Steuer, wie an dieser Stelle bereits mehrfach ausgeführt, Reformen überfällig. Schon in den siebziger Jahren war deshalb zweimal ein Anlauf zur Einführung des Mehrwertsteuersystems unternommen worden. Doch das Volk sagte nein. Und die vom Parlament 1981 verlangte «kleine Reform» mit der Eliminierung der «Schattensteuer» (das heisst der *Taxe occulte*) im Zentrum wurde vom Bundesrat in der Folge trotz umfangreichen

Expertenvorschlägen auf die lange Bank geschoben.

Seit vergangenem Oktober ist nun aber unser Finanzminister plötzlich bereit für eine Lösung. Nur liegt sie auf einer völlig anderen Linie als die Vorstellungen der bürgerlichen Regierungsparteien. Sein Konzept einer zehnprozentigen Energieabgabe stiess von Anfang an auf grösste Skepsis. Der Gesamtbundesrat wollte deshalb zuerst das Parlament anhören, bevor dem Finanzminister der definitive Auftrag für einen Botschaftsentwurf erteilt werden sollte.

Diese Debatte ist nun in der ersten Woche der Junisession über die Bühne gegangen. Sie wurde auf seiten der bürgerlichen Regierungsfractionen in Arbeitsgruppen vorbereitet, die sich auf genaue Ermittlungen über die wirtschaftlichen Auswirkungen einer Energieabgabe stützen konnten. Sie kamen zum Schluss, dass nicht das «Konzept Stich», sondern jenes der «Kommission Heimann», das heisst einer vom Bundesrat 1982 eingesetzten Experten-Gruppe, weiter verfolgt werden sollte. Eine entsprechende Motion mit dem verbindlichen Auftrag an den Bundesrat fand eine Parlamentsmehrheit.

So weit, so gut. Reformen der Finanz- und Steuerpolitik sind sachlich immer schwierig und politisch zudem nicht leicht durchzusetzen, weil der Stimmbürger Mühe hat, die ganze Problematik wirklich zu überblicken. Was bisher im Hinblick auf eine «Neue

Finanzordnung» passiert ist, bewegt sich daher rein verfahrensmässig im Rahmen üblicher Erfahrungen. Klimatisch sehen die Dinge allerdings anders aus.

Bundespräsident Stich steht unbestritten im Rufe grosser Sachkenntnis, was eigentlich auf gute Prämissen für konstruktive Ausmarchungen hindeuten müsste. Doch hat sich längst das Gegenteil angebahnt. Schon in den letzten Monaten hatte er Signale in dem Sinne gesetzt, dass er nur seine eigenen Vorstellungen für sinnvoll erachte. Bei der jüngsten Parlamentsdebatte kam es dann zu einem eigentlichen Scherbengericht über jene Finanzpolitiker, die sich herausnahmen, anderer Meinung zu sein. Und nun steht der begründete Verdacht im Raum, dass Stich versuchen werde, sich über den Willen des Parlaments hinwegzusetzen.

Das sähe konkret ungefähr so aus: Er würde zwar den Motionsauftrag erfüllen und einen entsprechenden Bericht erstellen, aber sozusagen mit dem «bösen Blick». Das Ergebnis würde er dann zusammen mit seinem selbstverständlich nur «Vorteile» aufweisenden Konzept in die Vernehmlassung schicken. Damit würde es ausserordentlich schwer, die «Variante Hei-

mann» überhaupt noch zum Tragen zu bringen.

Voraussetzung für einen solchen Verlauf wäre nur ein Beschluss des Bundesrates, beide Varianten und nicht nur jene der Parlamentsmehrheit auszuarbeiten.

Das Parlament seinerseits hat keinerlei formale Möglichkeiten, einen solchen Prozess zu stoppen. Es kommt entsprechend der geltenden Instanzenzüge erst wieder zu Wort, wenn eine definitive Botschaft unter Einbezug der Vernehmlassungsergebnisse vorliegt. Zwar würde es sich mit solchen Winkelzügen nicht zum Einlenken zwingen lassen. Das Ergebnis wäre aber ein Scherbenhaufen ohne jede zukunftsweisende Perspektive. Es wird nun alles davon abhängen, ob Bundespräsident Stich sich doch noch eines anderen besinnt und Hand zur Kooperation bietet.

Unsere Staatsrechtler charakterisieren das schweizerische Instanzengefüge als «System der kooperierenden Gewalten». Das System ist gut, weil es dem pragmatischen Geist unseres Volkes entspricht. Aber es funktioniert nur, wenn die Bereitschaft zur Kooperation von seiten des Bundesrates auch dann vorhanden ist, wenn es nicht von vorneherein nach seinem Kopfe geht.

Richard Reich

40 Jahre seit der deutschen Währungsreform

Am 21. Juni 1948, also vor nun 4 Jahrzehnten, ist die DM durch einen spektakulären Akt, nämlich die *westdeutsche Währungsreform*, aus der Taufe gehoben worden. Kaum ein wirt-

schaftliches Ereignis der Nachkriegszeit hat seither so viel Aufmerksamkeit sowohl in der Wirtschaft, in der Politik und auch in den Wissenschaften gefunden. Dies mag damit zusammenhän-

gen, dass dieser kühne währungspolitische Schnitt in politisch turbulenten Zeiten erfolgte und dass er am Anfang einer wirtschaftlichen Entwicklung steht, die als «Wirtschaftswunder» weltweites Aufsehen erregte. Zweifellos sind in der Wirtschaftswunder-Rhetorik nicht wenige Übertreibungen enthalten. Aber es kann doch nicht in Abrede gestellt werden, dass der erstaunliche wirtschaftliche Wiederaufstieg der Bundesrepublik Deutschland in den 50er und 60er Jahren ursächlich mit der Währungsreform zusammenhängt und dass sie gleichzeitig als erster, entscheidend wichtiger Schritt zum Aufbau einer Wirtschaftsordnung verstanden werden muss, die den Namen *Marktwirtschaft* angenommen hat und in der Folge zum Symbol für die Überwindung von Zwangswirtschaft, von freiheitsbeschränkenden staatlichen Wirtschaftspraktiken wurde. Es ist heute allgemein bekannt, dass der Aufbau einer Währungsordnung marktwirtschaftlichen Zuschnitts zu den unerlässlichen Rahmenbedingungen einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung gehört. Damals jedoch lag diese Erkenntnis noch keineswegs so offensichtlich auf dem ordnungspolitischen Tisch, wie das heute den Anschein haben mag.

Diese Feststellung lässt sich daran ablesen, dass *Ludwig Erhard*, 1948 noch Leiter der Verwaltung der Bizone (der «vereinigten Wirtschaftsgebiete» aus der amerikanischen und britischen Zone) und entgegen einer landläufigen Auffassung an der Währungsreform nicht direkt beteiligt, die «Leitsätze für Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform» (24. Juni 1948) gegen mannigfache *Widerstände* aus den eigenen Reihen durchsetzen musste. Diese «Leitsätze», die heute kaum mehr

bekannt sind, entpuppten sich als Speerspitze im Kampf um die Verwirklichung der marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzipien. Sie erfolgte gegen eine Mauer des *Misstrauens*, die durch die Gewöhnung sowohl der Wirtschaft wie der Haushalte an die staatliche Wirtschaftslenkung und der aus ihr fließenden bürokratischen Praktiken (planwirtschaftsähnliche Wirtschaftsstruktur in der Vorkriegszeit und schliesslich Übergang zur Kriegswirtschaft) entstanden war. Und die Marktwirtschaft musste in einem Zeitpunkt durchgepaukt werden, in dem die Wirtschaft Nachkriegsdeutschlands noch völlig deroutiert war und insbesondere an den Fieberkrämpfen einer zurückgestauten Inflation litt.

Wirtschaftliche Massnahmen von einiger Tragweite sind immer auch auf dem Hintergrund des politischen Klimas zu würdigen, in dem sie gefällt werden mussten. Die Währungsreform fiel in eine Zeit, in der der *kalte Krieg* zwischen den ehemals alliierten Mächten einen Höhepunkt erreichte. Die Berlinkrise trat in ein akutes Stadium und die Reichshauptstadt von einst wurde zu einem Brennpunkt in der Auseinandersetzung um die Verwirklichung freiheitlicher Ordnungsformen. Am 24. Juni 1948 wurde die neue Währungseinheit, die DM, in den drei westlichen Zonen Berlins eingeführt und damit auch wirtschaftlich dokumentiert, dass dieses Gebiet als zum Westen gehörig zu betrachten ist. Die Währungsreform in der Ostzone bescherte den Berlinern, die jenseits des Eisernen Vorhanges zu leben haben, die *Ost-Mark*. Die Tatsache indessen, dass die DM zum zwar nicht offiziell anerkannten, aber zum gerne gesehenen und tolerierten Zahlungsmittel auch im Ostsektor «aufgestiegen»

ist, zeigt mit einiger Deutlichkeit und Dramatik die unterschiedliche Qualität der Ordnungssysteme in Ost und West.

Die Währungsreform von 1948 hat dazu einen essentiellen Beitrag geleistet.
Willy Linder

Verlorene Jahre

Wer des deutschen Historikerstreits und seiner zahllosen Veröffentlichungen müde ist — diese Zeitschrift hat ihm ihrerseits viel Platz eingeräumt — der mag die Alternative bedenken; das Fehlen der Konfrontierung, der Historisierung, der Revisionen: das aber ist das Bild, das die sowjetische Historiographie seit langem und immer noch bietet. Seit siebzig Jahren herrscht in der Sowjetunion die Doktrin des «Historischen Materialismus» und noch gibt es keine Geschichte der Sowjetunion und der sie allein beherrschenden Kommunistischen Partei. Nur im Ausland sind Versuche zu finden unter Mitarbeit vertriebener Historiker wie Alexander Nekritsch.

Für zwei Jahre werden nunmehr in der Sowjetunion den Abiturienten die Prüfungen in Geschichte — vermutlich Geschichte dieses Jahrhunderts — erlassen, weil neue Erkenntnisse zu verarbeiten seien. Zu solchen gehört die nachträgliche Freisprechung von Opfern der Schauprozesse der dreissiger Jahre, in deren Genuss, wenn man sich so ausdrücken kann, nach Bucharin, auch Sinowjew, Kamenew, Radek und andere kommen. Die Liste der nachträglich Entlasteten wäre noch um viele Tausende weniger oder nicht Berühmte zu verlängern. Vielleicht wird dereinst dem «Unbekannten

Opfer der Säuberung» ein Denkmal errichtet werden wie in Danzig den Opfern der Repression, in Budapest dem von den Sowjets verschleppten schwedischen Diplomaten Wallenberg, der viele Juden vor der Deportation nach Auschwitz gerettet hat und im Gulag verkommen ist. Auch die Esten kämpfen um das Recht, ein Denkmal zu setzen.

Nunmehr werden Stalin und Breschnjew zum Teil oder ganz und gar verworfen. Die aber haben während zwei Dritteln der Zeit des Bestehens der Sowjetunion dieses Reich beherrscht. Neuerdings gilt die Lesart, die «Errungenschaften des Sozialismus» seien nicht diesen Führern zu danken, sondern sozusagen hinter ihrem Rücken verwirklicht worden.

Neuer Respekt für die Tradition mag auch eine Art sein, den dunklen vorsozialistischen Jahren ihr Recht zu geben. Doch da gibt es Grenzen. Die Zeitschrift «*Glaube in der Zweiten Welt*» (Postfach 9, Zollikon) druckt im Heft, das dem Millennium der Christianisierung Russlands gewidmet ist, eine Petition für die Wiedereröffnung des Höhlenklosters von Kiew. Dieses älteste Kulturzentrum der Kirche — Rilke hat ihm im «Stunden-Buch» ein Gedicht gewidmet — wurde 1961 in ein atheistisches Museum umgewandelt, und es

geht darum, es wieder der Kirche zu überlassen.

In einer Botschaft an den Vatikan hat Gorbatschow gebeten, den «Glauben an den Sozialismus», der den Sowjetbürgern gemeinsam sei, zu achten. Gipfelkonfrontierung zweier Religionen also, dadurch bestätigt, dass der Abgesandte des Papstes erklärte, Gorbatschow stelle wie Johannes Paul II. den Menschen in den Mittelpunkt. Nun mag Gorbatschow der Antistalin sein, doch niemand hat vom Menschen als dem Mittelpunkt so häufig geredet wie Stalin...

Ohnehin ist «Glaube an den Sozialismus» eine merkwürdige Formulierung, gilt doch der Marxismus als wissenschaftlich. So könnte heute in Polen, in Ungarn kein Politiker reden, ohne ausgelacht zu werden. Die auferlegte bürokratische Staatswirtschaft gilt dort nicht als ein Glaubensartikel sondern als ein Unglück. Dort fürchten Ökonomen, ihre Staaten könnten auf ein Drittweltniveau absinken, statt sich an Leistung Westeuropa zu nähern.

Hochangesehene, mild kritisch abwägende Sowjetologen im Westen — Walter Laqueur gibt peinliche Beispiele im Juliheft von «*Commentary*» (New York) — können froh sein, wenn ihre Werke der letzten Jahre verramscht werden. Was in Sowjetpublikationen zu lesen ist, geht so viel weiter als ihre Vorbehalte...

Ewa Bérard-Zarzycka berichtet in der Zeitschrift «*Esprit*» (Paris), wie es um die sowjetische Geschichte steht. Die Freisprüche der in den dreissiger Jahren unter Volksjubel hingerichteten, geständigen Mitstreiter Lenins werden nicht von Veröffentlichungen der Dokumente begleitet. Da entsteht kein neuer Forschungsbereich. Die Rehabilitierung der Hingerichteten mag

gerecht sein, aber sie ist ein Ukas wie die einstige Verurteilung. Nur wenigen Ausgewählten stehen Archive teilweise offen. Der 1986 zum Direktor der historischen Archive Moskaus ernannte Juri Afanassjew nahm kein Blatt vor dem Mund und setzte sich dem Zorn der Kollegen aus, als er erklärte: «*Was unseren Beruf angeht, so ist die Perestroika noch und hoffentlich vor uns. Wir haben den Erwartungen der Leser nicht entsprochen. An Stelle der Lüge traten die Halbwahrheiten.*» Das sei moderner und subtiler, aber nicht besser. «*Einerseits gibt man die Massenrepression und die Verbrechen zu, andererseits unterstreicht man die Rekorde, die unseren Alltag beglückt hätten.*»

Der Historiker A. Samsonow sagte in einem Kolloquium der Zeitschrift «*Kommunist*»: «*Der Grundsatz, der heute unsere literarischen Zeitschriften lenkt, ist nichts als die Wahrheit, die ganze Wahrheit zu schreiben. Der hat sich unserer Historiker noch nicht bemächtigt.*»

Es gab Schubladenliteratur, auch Schubladenfilme, aber keine Schubladengeschichtsschreibung. Kein Wunder! Der Erzähler schöpft aus seinem Erleben, der Historiker braucht Zugang zu Quellen. Das Werk über den Stalinismus von Roy Medwedew, der in Moskau lebt, ist im Ausland in vielen Sprachen erschienen, nicht in der Sowjetunion. Die Zeitschrift «*Moskwa*» hat in Fortsetzungen die zwölf Bände der Russischen Geschichte von Karamsin veröffentlicht — die vor zweihundert Jahren entstand — und damit ihre Auflage verdoppelt, nur Papiermangel schränkte die Verbreitung ein. Dass «*Pamiat*» (Gedächtnis), eine Gruppe die sowohl der Vergangenheit wie der Umwelt ihr Recht geben will, das aber

mit fanatischen Mythen und Ideologien verbindet, Zuspruch findet, hat mannigfache Gründe. Das offizielle Tot-schweigen der Geschichte dürfte dazu-gehören.

Die Leser reissen sich um die histori-schen Romane eines gewissen Pikul. Der sei nach Puschkin und Tolstoi der geschätzteste Erzähler. In seinen Romanen werden «Komplote der Freimaurer» und andere vom Ausland her gelenkte Verbrechen gegen Russ-land enthüllt.

In Staaten wie Ungarn und Polen gibt es keine entsprechende Tabuisie-

rung der Geschichte. Nun mag der Generalsekretär antworten, die So-wjetmenschen brauchten ihre ganzen Energien zum Aufbau einer besseren Zukunft und zur Abschaffung veralte-ter Strukturen. Betrifft aber die Frage nach den Ursachen der zugegebenen Fehlentwicklungen nicht auch die Geschichte?

«Glaube an den Sozialismus» ersetzt nicht das Wissen. Er wird ausserdem vom real existierenden Sozialismus, wie ihn im Zeichen von Glasnost die Sowjetpresse nunmehr schildert, erheblich strapaziert.

François Bondy

Wir fordern von uns

Höchstleistungen



... weil elektrische Kabel, Drahtseile und Fernwärme-Rohrleitungssysteme von «BRUGG» sehr know-how-intensive Produkte sind.

Das Zeichen
für sichere Verbindungen



Kabelwerke Brugg AG
5200 Brugg · Telefon 056 41 11 51